

## Oberbergischer Kreis

Stand der Informationen: 01.10.2021

### Parteienspektrum

Bei der Landtagswahl 2010 erreichte die NPD in den beiden Wahlkreisen des Oberbergischen Kreises 0,4 bzw. 0,6 Prozent, bei der Neuwahl des Landtags 2012 0,4 und 0,5 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2013 erzielte im Wahlkreis 99 der NPD-Direktkandidat Frank Ipach 1,0 Prozent der Erststimmen. Bei den Zweitstimmen kam die NPD auf 0,9 Prozent. Bei den Europawahlen erzielte sie 0,5 Prozent. Zu den Kommunalwahlen trat sie im Oberbergischen Kreis nicht an. Bei den Landtagswahlen 2017 kam die NPD im Kreisgebiet auf nur 378 Zweitstimmen, was 0,3 Prozent entspricht. Bei den Bundestagswahlen 2017 waren es sogar nur 328 Zweitstimmen (0,2 Prozent), 1.001 Zweitstimmen weniger als bei den Bundestagswahlen 2013. Bei den Europawahlen am 26. Mai 2019 erhielt die NPD 162 Stimmen (0,1 Prozent), ein Rückgang von 0,4 Prozent. Bei den Kommunalwahlen im September 2020 trat die Partei nicht an. Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 erreichte die NPD nur 0,1 Prozent der Zweitstimmen im Oberbergischen Kreis.

Die NPD verfügt über einen Ortsverband Oberberg, der ebenso wie der Ortsverband Leverkusen dem Kreisverband Rhein-Berg angehört. Die Homepage und die Facebook-Seite des Kreisverbands weisen keinerlei lokale Bezüge auf, was auf eine weitgehende Inaktivität, wenn nicht sogar auf eine Auflösung schließen lässt. Die Facebook-Seite des NPD-Ortsverbands Oberberg wurde seit Mai 2017 nicht mehr aktualisiert. Zur Kontaktaufnahme gab die Partei in den letzten Jahren eine Postfachadresse in der 15.000-Einwohner/innen-Gemeinde Odenthal an. Bis zum Sommer 2012 wurde die örtliche NPD-Struktur von dem „Stützpunktleiter“ Carsten Jahn aus Radevormwald geführt. Jahn verließ die NPD und schloss sich der im August 2012 gegründeten „Sozialen Heimatpartei“ (SHP) an, einer von ehemaligen NPD-Funktionären aus dem Bergischen Land und dem Sauerland gegründeten Gruppierung. Gemeinsam mit dem ehemaligen Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Ennepe-Ruhr/Wuppertal, Hans-Jörg Crämer (Schwelm), bildete Jahn das Duo der Vorstandsvorsitzenden der SHP. Seit März 2013 wurden keine Aktivitäten dieser Gruppierung mehr wahrgenommen. Einige führende Aktivisten firmierten später als „Bündnis Zukunft Ennepe-Ruhr“ (BZEN). Auf Facebook warb Jahn 2013 für die „Alternative für Deutschland“: „Wer die Wahrheit im September wählt, der wählt die AfD!!!“ Anlässlich des Bundestagswahlkampfes tauchten im Oberbergischen Kreis AfD-Wahlkampfplakate auf, die auf NPD-Plakathaltern angebracht waren. Die AfD-Plakate wurden über ältere NPD-Plakate geklebt. Andere BZEN-Aktivist/innen fanden ihren Weg zu „pro NRW“. Jahn gehörte zudem zu denjenigen, die versuchten, sich als „Gelbe Westen“-Bewegung zu inszenieren. Mit dem Aufkommen der Corona-Pandemie verlagerte er seine Aktivitäten in die verschwörungsgläubige Szene der Pandemieeugner\*innen. So galt er zwischenzeitlich als einer der Mitorganisatoren von wiederholt montagsabends in Remscheid stattfindenden Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Zu diesen mobilisierte unter anderem auch der Neonazi Frank Krämer (siehe Regionalbericht [Rhein-Sieg-Kreis](#)). Krämers Angaben zufolge beteiligten sich im Frühjahr 2021 um die 300

Personen an diesen Aktionen. Jahn betätigte sich dabei auch und insbesondere in den sozialen Medien, über die er eine höhere Zahl von Menschen erreicht.

Seit 2013 ist es im Oberbergischen Kreis – teilweise mit auswärtiger Unterstützung – zu mehreren Flugblattverteilungen gekommen, außerdem führte die NPD Versammlungen durch, wie beispielsweise am 1. Februar 2014 „im neuen (noch nicht ganz fertig ausgebauten) Saal/Zentrum der örtlichen Aktivisten“, wie die NPD mitteilte: „Hier konnte die Partei erneut Infrastruktur schaffen, welche nicht von staatlichen Schikanen, oder eingeschüchterten Wirten abhängig ist.“

Am 4. März 2014 wurde auf einer NPD-Jahreshauptversammlung ein neuer Kreisvorstand gewählt. Kreisvorsitzender wurde Michael Zündorf aus Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis), „ihm zur Seite“ gestellt wurden nach Angaben der NPD „als st. Kreisvorsitzender M. Brock, als Beisitzer M. Kreiser, sowie der bewährte Schatzmeister D. Carstens“.

Für den 19. Juli 2014 kündigte der NPD-Kreisverband einen „Ausflug“ an, „der uns auf einen Pfad deutscher Geschichte wandern lässt“. Von Bergisch Gladbach sollte es zur Gemeinde Radevormwald gehen. Ob dieser „Ausflug“ jemals stattfand, ist unklar. Am 12. Januar 2015 meldete der Kreisverband auf seiner Homepage, dass „etliche Aktivisten an der heutigen Veranstaltung der ‚DÜGIDA‘ in Düsseldorf“ teilgenommen hätten. Am 5. Mai 2016 teilte der NPD-Landesverband NRW mit, dass „bei der Jahreshauptversammlung der NPD-Rhein/Berg [...] Michael Zündorf in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt“ worden sein. „Ihm zur Seite“ stünden „als Stellvertreter Dietmar Kühn und als Schatzmeister Dieter Carstens“. Seitdem wurden keine weiteren Jahreshauptversammlungen und Kreisvorstandswahlen mehr bekannt. Anfang 2016 verkündete der Kreisverband auf Facebook, dass man zur PEGIDA-Großdemonstration am 9. Januar nach Köln mobilisiere. Hierbei wurde darauf verwiesen, dass die „Treff- und Abreisepunkte [...] wie gewohnt“ Radevormwald, Lindlar und Bergisch Gladbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) seien. „Den Anweisungen der jeweiligen Gruppenleiter“ sei „Folge zu leisten“. Offenbar nahmen Kreisverbandsmitglieder auch an der „pro Deutschland“-Demonstration am 27. Februar 2016 in Remscheid teil.

Am 1. März 2016 beschwerten sich die Betreiber der zwischenzeitlich abgeschalteten Facebook-Seite „NPD Oberberg & Remscheid“ darüber, dass die Partei „pro Deutschland“ als Veranstalter einer Demo am 27. Februar 2016 in Remscheid in ihren Nachbetrachtungen unerwähnt gelassen habe, dass man sie mit „ausreichend Personal“ unterstützt habe. „NPD Oberberg & Remscheid“ existierte parallel zur Facebook-Seite des NPD-Kreisverbands Rhein-Berg als „Informationsgruppe der Oberbergischen NPD“, angeblich mit Sitz in Lindlar. Das Impressum gab allerdings ein Postfach in Radevormwald an, hier lag auch der Schwerpunkt der Berichterstattung. Seit Ende März 2016 wurde die Seite allerdings nicht mehr aktualisiert, ebenso wenig wie die Facebook-Seite „Runder Tisch gegen Links im Bergischen“, die zwischenzeitlich ebenfalls abgeschaltet wurde und deren Betreiber über dieselbe E-Mail-Adresse erreichbar waren wie „NPD Oberberg & Remscheid“. Erwähnter extrem rechter „Runder Tisch gegen Links im Bergischen“ präsentierte sich bei Facebook erstmals am 18. September 2015. Sechs Tage später vermeldete er, in einer Gaststätte im Zentrum von Radevormwald ein erstes Treffen ausgerichtet zu haben. Hauptfeinde scheinen das „Linke Forum“ in Radevormwald und jede Form von antifaschistischer und antirassistischer Betätigung sowie Unterstützung von Geflüchteten zu sein. Man sei der Meinung, dass „wir den Linken, Anarchisten, Gutmenschen usw. nicht den Oberberg einfach überlassen dürfen“. Ein Diskutant aus Leverkusen schrieb bezüglich „einzelnen Linken“: „Es kommt der Tag des Aufeinandertreffens und dann schauen wir mal wie gut in Form die sind Ahu und MKG Kameraden und Freunde.“ Nicht nur dieser Beitrag deutet auf eine Nähe zu HoGeSa bzw. rechten Fußballszenen hin. Hierfür spricht auch ein Eintrag, in dem davon die Rede ist, dass „auch wir vom Runden Tisch gegen Links“ an der HoGeSa-Demo am 25. Oktober 2015 in Köln teilgenommen hätten: „Schön zu sehen das auch Parteilose aus Radevormwald und den oberbergischen Kreis mit zu der Veranstaltung kamen und die gemeinsame Sache unterstützten.“ Offenbar sind die Akteur/innen des „Runden Tisches gegen Links im Bergischen“ gut in die regionalen Strukturen der extremen Rechten eingebunden und sowohl der „Die Rechte“ als auch der NPD eng verbunden. „Mit kameradschaftlichen Grüßen“ teilte am 28. November 2015 der lokale NPD-Vorsitzende Michael Zündorf mit, die NPD werde den Kreis „selbstverständlich auch vor Ort unterstützen. Alles Weitere werden wir bei Bedarf auf unserem nächsten großen Treffen klären. ;)“. Am 11. Januar 2016 bedankten sich die Betreiber

von „Runder Tisch gegen Links im Bergischen“ mit Bezug auf die von der Polizei abgebrochene PEGIDA-Demo am 9. Januar für die „Zahlreiche Unterstützung am Samstag in Köln. Es freut uns das Ehemalige Aktive Skinheads und Hools Ihre Liebe zum Heimatland wiedergefunden haben.“

Nach dreieinhalbmonatiger Pause ging dann Mitte Juli 2016 die heute nicht mehr aktive Facebook-Seite „Runder Tisch gegen Links im Bergischen 2.0“ ins Netz, die sich mit Schwerpunkt Radevormwald dem „Kampf gegen das Gutmenschentum und die Antifa“ verschrieben hat. Unregelmäßig wird zu „Kameradschaftstreffen“, „gemütlichen Treffen“ und „Politischen Schulungen“ eingeladen. Am 6. November 2016 positionierte sich die Gruppierung vor dem Hintergrund interner Streitigkeiten im Vorfeld der NPD-Landesvorstandswahl am 16. November 2016 auf Seiten des Landesvorsitzenden Claus Cremer und dessen Stellvertreterin Ariane Meise. Selbstbezeichnung der Gruppe war in diesem Fall „Oberberg, Rhein-Berg, Remscheid und Leverkusen“. Später wurde dann betont, dass man „keine Vorfelddorganisation der NPD“ sei, „jeder nationaldenkender Kamerad/in“ sei willkommen. Man stehe aber „der NPD nahe“, „die Rechte, Der 3 Weg und die Jungs von Pro Deutschland nicht zu vergessen ... erstmal alles was gegen euch Zecken ist“ (alle Fehler im Original). Am 12. Februar 2017 teilte der „Runde Tisch gegen Links im Bergischen 2.0“ auf seiner Facebook-Seite mit, dass das nächste Treffen der „Oberberger und ihrer Freunde aus Düren“ am 4. März beim NPD-Kreisverband Märkischer Kreis stattfinden würde, „Vertreter der Partei ‚Die Rechte‘“ würden „dort auch zu Gast“ sein.

Der extrem rechte „Arminius-Bund des deutschen Volkes“ trat erstmals 2014 zu den Kreistagswahlen im Oberbergischen Kreis an, allerdings nur in vier von 27 Wahlkreisen. Die Partei wurde am 23. März 2013 in Wiehl gegründet. „Die Initiative für der Gründung einer heimattreuen Partei kam aus dem Kern des Freundeskreises ‚Die Russlanddeutschen Konservativen‘“, heißt es in einer Mitteilung des Bundesvorstands (Fehler im Original). Zuvor waren die extrem rechten „Russlanddeutschen Konservativen“ im engeren Umfeld der NPD aufgetreten, teilweise auch innerhalb der NPD. Der „Arminius-Bund“-Vorsitzende Johann Thießen kandidierte 2009 für die NPD zum Dürener Kreistag. Anschließend versuchte man es bei der Minipartei „Bund für Gesamtdeutschland“, um letztendlich eine eigene Partei zu gründen. Bei der Kreistagswahl blieb diese 2014 mit 0,1 Prozent im Oberbergischen Kreis chancenlos. Aktivitäten im Kreisgebiet sind kaum vorhanden. Für den 1. Juni 2019 lud die Zeitschrift „Die Russlanddeutschen Konservativen“ in die „Nähe von Gummersbach“ zu einem „Lesertreffen“ ein. Die Zeitschrift wird von einer ähnlichen Szene extrem rechter Russlanddeutscher geführt, die wie sie auch in der Partei „Arminius-Bund des deutschen Volkes“ aktiv sind. So lud Johann Thießen zu dem Lesertreffen ein. Schlussendlich fand das Treffen im Dorfhaus von Wiehl-Dreisbach statt. Bereits im vergangenen Jahr diente dies den „Russlanddeutschen Konservativen“ als Veranstaltungsort. Auffällig war, dass bei dem Treffen zahlreiche namhafte Neonazis und Rechtsextreme aus dem Bundesgebiet zusammenkamen. Neben NPD-Aktivisten erschien mit Axel Schlimper ein vormaliger Kader der „Europäischen Aktion“. Doch auch der in seiner eigenen Partei umstrittene AfD-Politiker Carsten Härle aus Hessen nahm teil.

Gute Kontakte pflegte der „Arminius-Bund“ zur Mitte 2017 aufgelösten „Europäischen Aktion“ (EA), die im Januar 2014 die Gründung eines „Stützpunktes“ im Oberbergischen Kreis meldete. Ein Bericht der Gründungsveranstaltung fand sich sowohl auf der Internetseite der EA wie auch der „Freien Kräfte Oberberg“. Angekündigt wird, „mit regelmäßigen Arbeits- und Schulungstreffen [...] ebenso wie mit gezielten Aufklärungsaktionen unseren Beitrag zur gemeinsamen Sache aller Europäer (zu) leisten“. Die „Europäische Aktion“ wurde 2010 von dem Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub ins Leben gerufen, vertrat antisemitische Verschwörungsfantasien und wollte „Programme für die Rückwanderung der Fremdkontinentalen“ erstellen.

„Die Republikaner“ (REP) verfügten bis vor wenigen Jahren über einen Kreisverband im Oberbergischen Kreis, der zuletzt im März 2012 einen neuen Kreisvorstand wählte, aber seit den Landtagswahlen 2012 keine wahrnehmbaren Aktivitäten mehr entfaltete. Zwischenzeitlich wird er nicht mehr auf der Homepage des Landesverbands der Partei aufgeführt, dürfte sich also aufgelöst haben. Bei der Landtagswahl 2010 erreichten die REP in den beiden Wahlkreisen des Oberbergischen Kreises jeweils 0,2 Prozent der Stimmen.

Bei der Neuwahl des Landtags traten sie nicht an. Bei der Bundestagswahl 2013 erzielten sie 0,1 Prozent, bei den Europawahlen 0,2 Prozent. Zu den Kommunalwahlen traten sie im Oberbergischen Kreis nicht an. Bei den Landtagswahlen 2017 kamen die REP im Kreisgebiet auf nur 65 Zweitstimmen, was 0,05 Prozent entspricht. Bei den Bundestagswahlen 2017 trat die Partei nicht an, bei den Europawahlen im Mai 2019 ebenfalls nicht.

Der Kreisverband der „Bürgerbewegung pro NRW“ im Oberbergischen Kreis gehörte lange Zeit zu den aktivsten Parteigliederungen und verfügte vor allem in den Jahren 2008 bis 2011 über einen überdurchschnittlich großen Stamm an jugendlichen Mitgliedern. Ausgehend von Radevormwald sollte der Oberbergische Kreis für die Kommunalwahl 2009 zu einem der Zentren der rechtspopulistischen Partei werden. Als Abschluss ihres Kommunalwahlkampfes führte „pro NRW“ am 20. August 2009 eine Kundgebung in Radevormwald durch. Die Veranstaltung wurde von etwa 50 Personen besucht, die allermeisten – darunter viele Funktionsträger/innen der Partei – reisten mit gemieteten Kleinbussen von auswärts an. Bei der Stadtratswahl konnte „pro NRW“ dann überdurchschnittliche 5,1 Prozent in Radevormwald erreichen. Die Kandidaten für das Landratsamt und den Radevormwalder Oberbürgermeisterposten, Manfred Rouhs und Markus Wiener, wurden von „pro Köln“ gestellt. „Pro NRW“ zog bei den Kommunalwahlen 2009 mit zwei Sitzen in den Stadtrat von Radevormwald ein, die Mandate wurden zunächst von Tobias Ronsdorf sowie Alexander Vogt wahrgenommen. Den Sitz im Kreistag errang der Kreisvorsitzende Udo Schäfer, der zeitweise auch als Vorsitzender des „pro NRW“-Bezirksverbandes Bergisches Land fungierte.

Von den polizeilichen Razzien gegen den neonazistischen „Freundeskreis Rade“ im April 2012 (siehe unten) blieb auch die „pro NRW“-Fraktion in Radevormwald nicht verschont. Das Fraktionsbüro wurde durchsucht, Materialien beschlagnahmt und ein Ermittlungsverfahren gegen den Fraktionsvorsitzenden Tobias Ronsdorf eingeleitet. Einige Wochen nach den Polizeiaktionen legte Alexander Vogt sein Mandat nieder. Für ihn rückte Udo Schäfer nach. Im September 2012 trennte sich „pro NRW“ von ihrem Fraktionsvorsitzenden Ronsdorf, der sein Mandat allerdings bis Februar 2013 behielt, wodurch die Rechtspopulisten zeitweise den Fraktionsstatus verloren. Ronsdorfs Sitz wurde von Uwe Rhode-Müller eingenommen.

Eine öffentlich wahrnehmbare Ratsarbeit betrieb die „pro NRW“-Fraktion in Radevormwald erst seit Frühjahr 2011. So stellte die Fraktion mehrere Anträge und Anfragen, teilweise handelte es sich dabei um angepasste „pro NRW“-Anträge aus anderen Städten. Im Jahr 2012 kam die Tätigkeit von „pro NRW“ im Stadtrat nahezu zum Erliegen, ab 2013 wurden wieder einige Anträge gestellt.

Bei der Landtagswahl 2010 erreichte „pro NRW“ in den beiden Wahlkreisen des Oberbergischen Kreises 2,3 bzw. 1,8 Prozent der Stimmen. Bei der Landtagswahl 2012 erzielte „pro NRW“ im Kreisgebiet nur noch 1,8 Prozent der Stimmen. Bei der Europawahl kam „pro NRW“ im Oberbergischen Kreis auf 0,8 Prozent. Bei den Kommunalwahlen 2014 trat die Partei erneut zum Kreistag und zum Stadtrat in Radevormwald an. Bei den Kreistagswahlen kam sie auf 1,5 Prozent und konnte ihr Mandat halten, das erneut von Udo Schäfer wahrgenommen wird. In Radevormwald erzielte „pro NRW“ 4,0 Prozent, was zwei Mandaten entspricht. Stadtratsmitglieder wurden Udo Schäfer und Joachim Bötte.

Im Verlauf der parteiinternen „pro NRW“-Flügelkämpfe, die sich 2015 immer mehr zuspitzten und letztendlich zur Spaltung von „pro NRW“ und zur Abwanderung diverser Funktionsträger/innen zu „pro Deutschland“ führten, teilte „pro Deutschland“ im Juni 2015 mit, dass Udo Schäfer und Joachim Bötte „künftig ihre Mandate für unsere Bürgerbewegung wahrnehmen würden und die Gruppierung somit auch im oberbergischen Kreistag vertreten sein würde“. Schäfer wurde später in den „pro D“-Landesvorstand gewählt und fungierte auch als stellvertretender Landesvorsitzender. Weiterhin fand Angaben von „pro D“ zufolge am 14. Dezember 2015 ein „Strategieseminar“ mit 40 Teilnehmenden in Radevormwald statt.

Am 15. März 2017 teilte „pro Deutschland“ mit, dass Beate Bötte anstelle ihres verstorbenen Ehemanns das Radevormwalder Stadtratsmandat wahrnehmen würde.

Nennenswerte Initiativen im Kreisgebiet gingen von den „pro D“-Mandatsträgern seit ihrem Parteiwechsel nicht aus. Am 11. November 2017 verkündete die Partei nach ihrer Bundesversammlung in Wuppertal ihre Auflösung und forderte ihre verbliebenen Mitglieder auf, die AfD zu unterstützen. Auf der Homepage von „pro Oberberg“ wurde am 30. Dezember 2017 verkündet, dass sich die „PRO-Strukturen“ des Bergischen Landes aktuell „in einer organisatorischen Neuausrichtung“ befänden. Dies wurde bislang nicht ausgeführt. Udo Schäfer und Anhang firmieren auf ihrer Homepage weiterhin unter „Bürgerbewegung pro Deutschland“, obwohl die Partei lange aufgelöst ist.

Die „pro“-Parteien verzichteten 2017 aufgrund ihrer personellen Schwäche und insbesondere wegen der nicht vorhandenen Erfolgsaussichten auf Antritte zu den Landtags- und Bundestagswahlen. „Pro NRW“ teilte Ende Oktober 2017 noch mit, sich an den Kommunalwahlen 2020 beteiligen zu wollen und zudem eine Anti-Islam-Plattform zur Europawahl zu unterstützen. Von dieser war später keine Rede mehr. Nicht zuletzt aufgrund der Konkurrenz durch die AfD, löste sich „Pro NRW“ am 24. März 2019 auf (siehe Regionalberichte [Leverkusen](#) und [Rhein-Sieg-Kreis](#)).

Presseberichten zufolge kandidierte Uwe Schäfer bei den Kommunalwahlen am 13. September 2020 für die AfD. Er trat auf dem zweiten Listenplatz für den Kreistag des Oberbergischen Kreises an und gewann dort ein Mandat. Zudem war er Spitzenkandidat der Partei für den Stadtrat in Radevormwald, in den er ebenfalls einzog. Eine Parteimitgliedschaft wäre allerdings nach AfD-Unvereinbarkeitsliste nicht möglich.

## Freie Kameradschaftsszene und Rechtsrock

Ab Frühjahr 2011 existierte in Radevormwald eine neonazistische „Kameradschaft“. Zwar kam es bereits in den Vorjahren immer wieder zu neonazistischen Aktivitäten, inklusive Gewalttaten, allerdings wurden dabei wechselnde Gruppennamen wie „NS Rade“ oder „Rader Jugend“ benutzt. Auf Aufklebern trat die Radevormwalder Neonazi-Szene zuerst als „Bergische Jugend“ auf. Ab April 2011 nannte sich die Gruppe „Freundeskreis Radevormwald“ und verfügte auch über eine eigene Website. Hier war ein Zuwachs an Organisierung zu verzeichnen. Personen dieser Gruppe waren 2011 an einer Reihe von brutalen Gewaltakten gegen vermeintliche oder tatsächliche Linke und Migrant/innen beteiligt. Bei den mutmaßlichen Tätern handelte es sich um junge Erwachsene und Jugendliche, die sich im Umfeld der Gruppe „Freundeskreis Radevormwald“ bewegten. Die Täter setzen mehrfach Waffen sowie Steine und Knüppel ein. Ziel einer rechten Attacke wurde 2011 auch eine Moschee in Radevormwald, deren Fensterscheiben beschädigt wurden. Zu Sachbeschädigungen mit gesprühten rassistischen Parolen war es bereits im Januar 2011 an einer Moschee in Wipperfürth gekommen. Im August 2011 wurde dort zudem das Amtsgericht mit Hakenkreuzen beschmiert. Im Dezember 2011 wurden zwei Polizeibeamte mit Pfefferspray attackiert, als diese zwei Neonazis wegen des Sprühens von Parolen festhalten wollten.

Mitglieder des „Freundeskreis Radevormwald“ waren auch auf überregionalen Aufmärschen vertreten und pflegten besonders gute Kontakte ins benachbarte Wuppertal, wo in den Jahren zuvor eine der umtriebigensten und gewalttätigsten Neonazi-Gruppen in NRW entstanden war. Eine Einflussnahme von Wuppertaler Neonazis auf die Szene in Radevormwald war deutlich spürbar. So versammelten sich am 14. Mai 2011 zirka 45 Neonazis aus Radevormwald und anderen NRW-Städten zu einer Kundgebung auf dem Marktplatz. Die Kundgebung war kurzfristig angemeldet und nicht öffentlich beworben worden. Nach der Veranstaltung fuhr die Gruppe geschlossen weiter nach Wuppertal, wo ebenfalls eine Kundgebung abgehalten wurde.

Obwohl sich die Gruppe stark an der neonazistischen Rechten – u.a. an der „AG Rheinland“ orientierte –, gab es kaum Abgrenzungen zu „pro NRW“, vielmehr waren Kontakte zu deren Radevormwalder Ratsfraktion festzustellen. Junge Neonazis, die dem „Freundeskreis Radevormwald“ zugeordnet werden konnten, beteiligten sich immer wieder an Demonstrationen und Flugblattverteilaktionen von „pro NRW“. Einige saßen sogar für „pro NRW“ als sachkundige Bürger in den Ausschüssen des Stadtrats.



Am 25. April 2012 ging die Polizei mit einer großen Razzia gegen den „Freundeskreis Rade“ vor. Die Ermittlungen richteten sich gegen 18 Beschuldigte, die der neonazistischen „Kameradschaft“ und deren Umfeld zugerechnet wurden. Polizei und Staatsanwaltschaft warfen ihnen die „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ vor. Später erhöhte sich die Zahl der Beschuldigten auf 20 Personen. Es wurden drei Haftbefehle gegen einen 20-Jährigen und zwei 18-Jährige vollstreckt, die allerdings nach kurzer Zeit wieder aufgehoben wurden. Die Polizei beschlagnahmte bei den Durchsuchungen ein umfangreiches Waffenarsenal. So wurden mindestens eine scharfe Feuerwaffe sowie zahlreiche Messer, Schlagringe, Macheten und Wurfsterne sichergestellt. Ebenso fanden die Ermittler/innen NS-Devotionalien. Bei mindestens zwei der Festgenommenen fand die Polizei auch Mitgliedsausweise von „pro NRW“. Im ebenfalls durchsuchten Fraktionsbüro der Partei wurden Materialien und ein Kopierer beschlagnahmt.

Im Januar 2013 reichte die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift beim Landgericht Köln ein. Ab September 2013 mussten sich acht Beschuldigte vor Gericht wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ nach §129 und weiterer Delikte wie gefährliche Körperverletzung verantworten. Aufgrund des zur Tatzeit jugendlichen Alters von sechs der Angeklagten fand der Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Ende Januar 2014 wurden sechs Angeklagte zu Haftstrafen zwischen neun und 18 Monaten verurteilt, die jedoch auf Bewährung ausgesetzt wurden. Lediglich Jonas R., dem auch Rädelsführerschaft nachgewiesen werden konnte, erhielt eine Jugendhaftstrafe von zweieinhalb Jahren. Der ehemalige „pro NRW“-Fraktionsvorsitzende Tobias Ronsdorf wurde vom Vorwurf der Mitgliedschaft bzw. Unterstützung der kriminellen Vereinigung freigesprochen. Er erhielt für eine begangene und eine versuchte Körperverletzung lediglich eine Geldstrafe. Das Verfahren gegen einen weiteren Beschuldigten wurde eingestellt.

Jahrelang existierte im Kreisgebiet eine weitere Neonazigruppe unter dem Label „Freie Kräfte Oberberg“. Aktionsschwerpunkte waren die Kommunen des südlichen Kreisgebietes wie Waldbröl, Nürnbergrecht, Wiehl, Reichshof und Morsbach. In den Kommunen des Kreises tauchten immer wieder NS-Parolen und Graffiti auf, die den „Freien Kräften Oberberg“ zugerechnet werden konnten. Mehrfach wurden „gegen Rechts“ Engagierte in der Öffentlichkeit diffamiert, 2011 wurden sogar einige Wohnhäuser beschmiert. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Die Internetseite der „Freien Kräfte Oberberg“ wurde regelmäßig mit selbst verfassten Einträgen aktualisiert, die beispielsweise von Flugblattverteilungen berichteten. Auch Konzerte und konspirativ organisierte „Heldengedenken“ gehörten zum Aktionsrepertoire der Gruppe. Eng mit den „Freien Kräften Oberberg“ verbunden war die aus dem Oberbergischen Kreis stammende Rechtsrock-Band „Rufmord“ (nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Rock-Metal-Band aus dem Raum Düren), die eine Demo-CD sowie ein Album mit dem Titel „Alles bleibt so wie es niemals war“ beim rechten Szene-Label „Wolfszeit Records“ aus Werne an der Lippe veröffentlichte. Auf einer im Juni 2013 veröffentlichten „Solidaritäts-CD“ zugunsten von „Hochwasseropfern“ ist „Rufmord“ ebenfalls vertreten. Die CD wurde vom Dresdener Rechtsrock-Label „OPOS-Records“ herausgebracht. Zeitweise trat „Rufmord“ auch mit Live-Auftritten in Erscheinung: Am 27. August 2011 veranstalteten die „Freien Kräfte Oberberg“ ein Rechtsrock-Konzert mit den Bands „Sleipnir“, „Säd but Trüe“, „Flak“, „n'Socialist Soundsystem“ und „Rufmord“. Nach Eigenangaben sollen 50 Personen teilgenommen haben. Ende November 2011 veranstaltete die Neonazi-Kameradschaft ein weiteres als „Jahresabschlussveranstaltung 2011“ betitelttes Konzert, bei dem die Bands „Rufmord“, „Flak“ und „Projekt Aaskeria“ auftraten.

Die „Freien Kräfte Oberberg“ waren in das Neonazi-Netzwerk im Rheinland eingebunden und nahmen regelmäßig an Aufmärschen im gesamten Bundesgebiet teil. Am 25. August 2012 warben 50 Neonazis mit einer angemeldeten Kundgebung in Gummersbach für einen Aufmarsch der Szene am 1. September 2012 in Dortmund. Zu der Veranstaltung hatten die „Freien Kräfte Oberberg“ kurzfristig im Internet mobilisiert. Der Großteil der Teilnehmenden reiste mit einem Reisebus an und hatte zuvor bereits in Pulheim und Düren demonstriert.

Während sich ein Teil der neonazistischen Kameradschaftsszene in NRW ab Herbst 2012 der Partei „Die Rechte“ zuwandte, agierten die „Freien Kräfte Oberberg“ zunächst weiterhin als „Freie Kameradschaft“. Allerdings sammelten sie eigenen Angaben zufolge Unterstützungsunterschriften, um den Antritt von „Die Rechte“ zur Bundestagswahl zu ermöglichen. Gleichzeitig verteilten sie NPD-Infomaterial, zusammen mit eigenen Flugblättern.

Im August 2013 verteilten die „Freien Kräfte Oberberg“ (FKO) nach Eigenangaben Flugblätter zum Thema „Wir sterben aus! Demokratie bedeutet Volkstod!“ in „Harscheid und Altwindeck, das trotz der Zugehörigkeit zum Rhein-Sieg-Kreis im Oberbergischen Land beheimatet ist“. Um sich mit dem der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ angeklagten „Freundeskreis Rade“ zu solidarisieren, verteilten die FKO im Oktober Flugblätter in Radevormwald. Das Flugblatt trug den Titel „Verboten gut. Der Freundeskreis Rade“ und bezeichnet die dem „Freundeskreis Rade“ zur Last gelegten Vorwürfe als „Notwehrhandlungen gegenüber meist mit Migrationshintergrund ausgestatteten Aggressoren“ und die Gerichtsverhandlung als „Schauprozess“. Im selben Monat sollen in Bierenbachtal (Nümbrecht) und Mühlen (Wiehl) „Volkstod“-Flugblätter und NPD-Infomaterial verteilt worden sein. Im Dezember 2013 wurden in Windeck „Pakete“ verteilt, die FKO- und NPD-Propagandamaterial wie Süßigkeiten und eine Grußkarte enthielten. In der Nacht auf den 9. November 2013 stellten die FKO laut einem Bericht auf ihrer Website in Gummersbach mehrere Grablichter auf, denen jeweils ein Zettel beilag, auf dem „9. November Tag des Mauerfalls‘ Gedenktag für die Opfer kommunistischer Diktaturen“ zu lesen stand. Ebenfalls im November 2013 tauchten FKO-Mitglieder mit Flyern bei einer vom „Netzwerk gegen rechts“ organisierte Veranstaltung mit dem Autor Toralf Staud auf.

Ende November 2013 fand wie bereits in den Vorjahren in Bergneustadt der „Schweigemarsch für Frieden und gegen Krieg, Terror und Gewalt“ statt, veranstaltet von der SPD und den Grünen. Die FKO riefen auch ihre Anhänger/innen zur Teilnahme auf und rieten diesen, „in neutraler Kleidung“ zu erscheinen. Nach der Veranstaltung veröffentlichte die Gruppe einen Bericht zur angeblich erfolgreichen Teilnahme. Weiterhin mobilisierten die FKO über ihre Internetpräsenz zu den Aufmärschen Ende August 2013 in Dortmund und im November 2013 im rheinland-pfälzischen Remagen und nahmen an diesen Veranstaltungen teil. Auch 2014 blieben die FKO aktiv, unter anderem wurden mehrfach im Kreisgebiet Flugblätter verteilt, eigenen Angaben zufolge in Radevormwald, Nümbrecht, Wiehl und Bergneustadt. Für öffentliche Aufmerksamkeit sorgte der „Besuch“ von zirka 15 FK-Oberberg-Mitgliedern und –Sympathisant/innen bei der Ausstellung „Overath unterm Hakenkreuz“ am 30. März 2014 im benachbarten Rheinisch-Bergischen Kreis, mit anschließender Flugblattverteilung. Von der geschlossen auftretenden Gruppe fühlten sich nicht-rechte Besucher/innen der Ausstellung bedroht.

Am 6. April 2014 verkündeten die FKO ohne Begründung ihre Auflösung. Am 20. April 2014 meldeten sich dann „einige patriotische Oberberger“ im Internet zu Wort und gaben die am Vortag in Wiehl vollzogene Gründung eines Kreisverbandes Oberberg der Partei „Die Rechte“ bekannt. In Wiehl verfügte der Kreisverband auch über ein Postfach. Offenbar waren zwischenzeitlich auch die oberbergischen Neonazis zu dem Schluss gekommen, dass man sich als Kreisverband einer Partei besser vor Verboten schützen und mehr „Freiheiten“ genießen könne. An den Aktivitäten änderte sich im Vergleich zu FKO-Zeiten nichts: Flugblattverteilungen, „Heldengedenken“, Sonnenwendfeiern, Teilnahme an Aufmärschen, Aufkleber verkleben, Internetpräsenz und Saalveranstaltungen, darunter auch einige mit kulturellem Anspruch. Auffällig eng ist der Bezug zum neonazistischen Rapper „Makss Damage“, der zunächst von Gütersloh nach Bonn zog und danach vorübergehend in Gummersbach lebte. Neben „Makss Damage“ wurde das lokale Rechtsrock-Projekt „Der Oberberger“ als „Nachfolgebänd der Band Rufmord“ supportet. Und auch die Nähe zur regionalen NPD wurde aufrechterhalten. Im Vorfeld der Europawahlen wurde mitgeteilt, man sei „im Raum Wiehl präsent“ gewesen, „um Wahlplakate der NPD, der einzigen zur Europawahl antretenden nationalen Partei, aufzuhängen. Damit wurde bewusst ein Zeichen der Geschlossenheit zwischen dem rechten Lager in unserer Heimat gesetzt!“

Mit eingebunden in die Struktur der „Die Rechte“ Oberberg sind auch Neonazis aus dem benachbarten Rhein-Sieg-Kreis, insbesondere aus Windeck (siehe Bericht über den Rhein-Sieg-Kreis).

Ab 2015 schienen die Aktivitäten der „Die Rechte“ Oberberg nachzulassen. Zwar kam es weiterhin zu der einen oder anderen Flugblattverteilung, auch zu einem Infostand in Wipperfürth, aber die Facebook-Seite wurde deutlich seltener aktualisiert als 2014. Und auch insgesamt war weniger von der Gruppe zu hören. Am 11. November 2015 postete die DR Oberberg einen Bericht des nordrhein-westfälischen Landesverbands der NPD-Jugend „Junge Nationaldemokraten“ (JN NRW) über einen „Kameradschaftsabend mit musikalischer Untermalung“ am 7. November 2015 im Oberbergischen Kreis, der von „Nationalisten aus verschiedensten Parteien und Organisationen“ organisiert und durchgeführt worden sei. Hauptredner sei der damalige JN-Bundesvorsitzende Sebastian Richter gewesen. Die JN seien „auf einem guten Weg und so ist man der festen Überzeugung, dass sich auch in Nordrhein und Westfalen die JN systematisch formieren werden, um junge Nationalisten zu vereinen.“ Im Anschluss hätten „viele Jugendliche ihr Interesse an der nationalistischen Jugendbewegung“ geäußert.

Der bis heute existierende Twitter-Account des Kreisverbandes wurde zuletzt im Mai 2017 bespielt. Seit Anfang 2017 – und nachdem die Facebook-Seite der DR Oberberg vom Anbieter abgeschaltet worden war – betreiben der DR nahestehende Personen die Facebook-Seite „Nationales Portal Oberberg“, die unregelmäßig bespielt wurde. Am 23. Februar 2018 wurde dort anlässlich dessen 88. Todestag mit den Worten „Unvergessen...Horst Wessel...HIER!!!“ an den SA-Sturmführer Horst Wessel erinnert. Im Mai 2018 ging es um das Thema Solidarität mit der inhaftierten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck – zugleich auch bis heute der letzte Facebook-Eintrag. Der DR-Kreisverband scheint sich spätestens 2017 aufgelöst zu haben, er wird nicht mehr auf den Homepages des DR-Landesverbands und des DR-Bundesverbands geführt.

Bei den Bundestagswahlen 2013 kam die „Die Rechte“ kreisweit auf gerade einmal 21 Stimmen. Ihre Schwerpunkte sind Dortmund, Hamm, Wuppertal, der ostwestfälische Raum sowie der Rhein-Erft-Kreis (siehe Bericht Rhein-Erft-Kreis). Bei den Landtagswahlen 2017 kam die Partei im Oberbergischen Kreis auf nur 35 Zweitstimmen, das entspricht 0,03 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2017 war „Die Rechte“ in NRW nicht wählbar. Im Mai 2019 trat die Partei zu den Europawahlen an. Spitzenkandidatin war – obwohl inhaftiert – Ursula Haverbeck. Das Ergebnis betrug 88 Stimmen (0,1 Prozent). Die neonazistische Partei „Der III. Weg“ erhielt lediglich 25 Stimmen, 0,0 Prozent).

Nach wie vor aktiv ist das Rechtsrock-Projekt „Der Oberberger“ (D.O.B.). Anfang 2017 erschien zusammen mit der Band „Flak“ die Split-CD „Kämpfernatur“, Ende 2017 das Video „Wer Wir Waren“. Am 22. April 2018 teilte die Band auf ihrer Facebook-Seite mit: „Wir werden uns jetzt für's Erste ein wenig zurück ziehen, da wir effektiv an einer neuen Scheibe arbeiten wollen!“ Vollbracht war dies, als im Mai 2019 das Album „VIVERE est MILITARE“ bei dem Label „Opos-Records“ erschien. Im September 2020 waren „Der Oberberger“ Teil eines Samplers anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Chapters „Franken“ der „Hammerskins“. Auch die Band „Flak“ war vertreten.

Weiterhin fand am 16. Januar 2019 eine Polizei-Aktion gegen mutmaßliche Mitglieder der Gruppierung „National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan“ statt. Dabei wurde ein Objekt im Oberbergischen Kreis durchsucht.

Am 19. März 2020 fand im Zuge des Verbots der Gruppierung „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ („GdVuSt“) eine Durchsuchung eines Objekts in Gummersbach-Windhagen statt. Die „GdVuSt“ wird dem Spektrum der sog. „Reichsbürger“ zugeordnet. Laut Bundesinnenminister verbreitete die Vereinigung rassistische und antisemitische Schriften. Der Verein leugne die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland.



Im Zuge der Durchsuchungen wurde in Presseberichten ausgeführt, dass die „Reichsbürgerbewegung“ im Oberbergischen Kreis an Zulauf erhält. Seien Ende 2016 noch hundert Oberberger den Behörden als „Reichsbürger“ bekannt gewesen, so würden seit Mitte 2019 150 Personen diesem Milieu zugeordnet. Davon gelten wiederum ein Drittel als aktive „Reichsbürger“, die anderen als „Sympathisanten“.

Bei der Durchsuchung in Gummersbach stellte die Polizei nach eigenen Angaben bei der betreffenden Endfünzigerin drei abgesägte Schrotflinten, drei Armbrüste, zwei Macheten und eine Zwillie sicher.

Am 3. September 2020 wurden abermals mehrere Objekte in Gummersbach-Windhagen unter Einsatz von Polizei-Sondereinheiten durchsucht, u.a. wegen des Vorwurfs des illegalen Waffenbesitzes.

## **Rechte Straftaten**

Für 2017 hat das NRW-Innenministerium im Rahmen der Erfassung „Politisch motivierter Kriminalität Rechts“ 66 Straftaten für den Oberbergischen Kreis festgehalten, darunter drei Gewaltdelikte (eine Körperverletzung in Gummersbach, zwei in Radevormwald). 2016 waren es 78 Straftaten (darunter eine Körperverletzung in Wipperfürth), 2015 wurden 53 Delikte (darunter eine Körperverletzung in Morsbach) gezählt.

Für 2018 wurden ebenso wie in 2017 im Oberbergischen Kreis 66 rechte Straftaten gezählt, darunter ein Gewaltdelikt in Form einer Körperverletzung am 13. Januar 2018 in Bergneustadt. Opfer war hier ein 27-jähriger Deutscher. Als Hintergrund benennt die Statistik für diesen Fall „Hasskriminalität“, „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ sowie „Verherrlichung / Propaganda“. Außerhalb der Gewaltdelikte ist unter anderem von zwei Bedrohungen bzw. Nötigungen in Gummersbach sowie einer weiteren in Hückeswagen die Rede.

Für das erste Halbjahr 2019 nennt die PMK-Rechts 24 rechte Straftaten für den Oberbergischen Kreis, für das gesamte Jahr 2019 40 Straftaten. Darunter sind acht antisemitische Straftaten, sowie drei flüchtlingsfeindliche Straftaten.

Nicht verzeichnet ist offenbar folgendes: Laut eines Polizeiberichts wurden am 6. April 2019 einem 38-Jährigen aus Morsbach erhebliche Verletzungen durch einen Angriff mit einem Motoradhelm zugefügt. Die Polizei ermittle in der Tat, die sich auf der Hahner Straße in Morsbach abgespielt habe wegen eines „fremdenfeindlichen Hintergrundes“.

Am 24. April 2019 berichtete die Kreispolizeibehörde Oberbergischer Kreis, dass am Tage zuvor ein 20-jähriger Zuwanderer auf dem Steinmüllergelände in Gummersbach von etwa zehn unbekanntenen Personen angegriffen worden sei.

Am Morgen des 1. März 2020 ereignete sich eine Schlägerei auf einem Parkplatz in Wipperfürth, in deren Vorfeld es laut Polizeiangaben zu rassistischen Äußerungen kam.

Am 12. März 2020 erhielt eine Politikerin der Partei „Die Linke“ im Kreis eine rechtsmotivierte Morddrohung.

Für das erste Halbjahr 2020 wurden für den Kreis 23 rechtsmotivierte Straftaten festgestellt. Darunter war eine neonazistisch motivierte Körperverletzung in Marienheide am 20. Februar 2020. Zudem wurden zwei flüchtlingsfeindliche und eine antisemitische Straftat genannt.

Diese Zahlen erhöhten sich im zweiten Halbjahr. So wurden 38 rechtsmotivierte Straftaten genannt, darunter eine mit islamfeindlichem Hintergrund und die genannte Körperverletzung in Marienheide.

Vom 18. Auf den 19. Oktober wurden an drei Geschäften in Gummersbach und Marienheide die Scheiben eingeworfen, darunter eine Shisha-Bar. Zeugen berichteten der Polizei von zwei Männern im Alter von 25 – 30 Jahren, die zwischen 02.00 und 03.00 Uhr im Bereich der Tatorte gesehen wurden. Als Tatmittel fanden sich u.a. Steine, ein Wagenheber und eine Bierflasche. Aufgrund der Auswahl der Geschäfte kann ein rassistisches Motiv vermutet werden.

Anfang Februar 2021 berichtete die „Rheinische Post“ von der Verurteilung eines Reichsbürgers nach einer Verkehrskontrolle in Radevormwald. Der Mann aus Hagen (NRW) wurde vom Amtsgericht Wipperfürth zu einer Geldstrafe verurteilt, da er einem Kreismitarbeiter mit Schlägen gedroht hatte, da er nicht über die Befugnis verfüge, auf deutschen Straßen Fotos zu fertigen.

Im ersten Halbjahr 2021 wurden im Kreis acht Straftaten mit rechter Tatmotivation festgestellt.

## **„Corona-Rebellen“ und verschwörungstheoretische Demonstrationen im Zuge der Covid-19 Pandemie ab April 2020**

Im Zusammenhang mit den temporären Einschränkungen des öffentlichen Lebens und einzelner grundgesetzlicher Rechte wie der Versammlungsfreiheit aufgrund der Covid-19 Pandemie kam es auch im Oberbergischen Kreis zu einigen Protesten, die zumindest als rechtsoffen gewertet werden müssen [siehe [Regionalbericht Köln](#)].

Im Kreis fanden im Zeitraum April-Juni 2020 mindestens fünf demonstrative Aktionen dieser Art statt, bei denen die Teilnehmerszahl im oberen zweistelligen Bereich blieb.

Darunter waren Aktionen gegen die Corona-Maßnahmen in Gummersbach am 16. und 23. Mai, mit jeweils zwischen 60 und 80 Teilnehmenden. Auch in Wipperfürth fand im Mai eine Kundgebung statt, besucht von 25 Personen.

Am Samstag dem 14. November fanden sich in Gummersbach 300 Personen ein, um die sogenannte „Corona-Info-Tour“ von bekannten Protagonisten der Corona-Leugner-Bewegung zu besuchen, darunter einige Auswärtige. Eine Rednerin äußerte sich auf der Kundgebung antisemitisch, da sie die Corona-Maßnahmen mit der Praxis der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung gleichsetzte.

Am 20. Februar 2021 wurde eine weitere Versammlung in Wipperfürth durchgeführt, dabei waren 30 Personen zugelassen, es beteiligten sich einige mehr.

Am 1. April 2021 wurde auf dem Gummersbacher Bismarckplatz eine nicht angemeldete Aktion aus dem Umfeld von Corona-Leugnenden durchgeführt. Zunächst wurden vor dem nahegelegenen Rathaus Spielsachen abgelegt. Der Ansatz, damit gegen vermeintlich für Kinder schädliche Corona-Schutzmaßnahmen zu demonstrieren, wurde vielfach verurteilt. Die Kreistagsfraktion der Partei Die Linke wies nach der Aktion darauf hin, dass bereits im Vorfeld Aufrufe zu dieser in einschlägigen Chatgruppen kursierten, verknüpft mit rechtsextremer Propaganda und Reichsbürger-Ideen.

Am 19. April 2021 demonstrierten Corona-Leugnende vor dem Rathaus in Lindlar gegen die Corona-Maßnahmen, etwa 100 Personen nahmen teil. Verschiedene Initiativen griffen Vorgänge in den Chatgruppen der Organisierenden auf, und kritisierten, dass dort der Holocaust verharmlost würde.

Ende Mai 2021 veröffentlichte die Initiative „Antifaschistische Recherche Oberberg“ eine umfassende Zusammenfassung zum Thema „Corona-Skeptiker\*innen im Oberbergischen“. Demnach fanden sich für den Oberbergischen Kreis mindestens 20 Telegramgruppen mit mehreren 100 Nutzer\*innen. Die Autor\*innen führen an, dass zwar Versuche zu beobachten waren, rechtsextreme Inhalte nicht zu akzeptieren. Doch verschwörungsideologische und Inhalte der Reichsbürgerszene blieben fester Bestandteil, heißt es in dem Papier. In der Telegramgruppe „Oberberg bewegt“, die über 100 Teilnehmende verzeichnete, wurde offen zur Gewalt aufgerufen und der Holocaust geleugnet. Zudem habe an Demonstrationen in Lindlar ein Mann teilgenommen, der sich zwischen 2018 und 2020 an Aktionen der „Identitären Bewegung“ beteiligte habe. Dieselbe Person kandidierte der Auswertung zufolge bei der Kommunalwahl 2020 für die AfD in Hückeswagen. Die Gruppe warnt in ihrem Papier davor, dass sich einige der in den Telegram-Chats Aktiven aufgrund der Vielzahl dort geteilter rechtsextremistischer Propaganda radikalieren könnten.

Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 erreichte die aus der Corona-Leugner\*innen-Szene entstandene Partei „dieBasis“ überdurchschnittliche 1,8 Prozent der Erst- und Zweitstimmen im Oberbergischen Kreis.